

Nein zur «zentralen Zwangsfichierung»

Links-grüne Vorbehalte gegen biometrischen Pass

Ein heterogenes links-grünes Komitee ruft zum Nein gegen die Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass auf. Falls die Stimmbürger der Empfehlung folgen, könne eine neue Vorlage ohne zentrale Datenbank ausgearbeitet werden.

rom. Bern, 26. März

Eigentlich hätte man vor einem knappen Jahr hellhörig werden müssen. Am 13. Juni 2008 wurde die Änderung des Ausweisgesetzes in der Schlussabstimmung im Nationalrat nur gerade mit 94 zu 81 Stimmen und bei 12 Enthaltungen gutgeheissen. Die Debatte in den eidgenössischen Räten über die Einführung des biometrischen Passes hatte zwar keine besonders hohen Wellen geworfen. Doch das wacklige Schlussresultat machte deutlich, dass die Vorlage alles andere als restlos überzeugte. Auf das von Bürgern ausserhalb des Parlaments zustande gebrachte Referendum sind nun auch die damaligen Nein-Sager aufgesprungen. Ein links-grünes Komitee hat am Donnerstag in Bern seine Gründe für ein Nein zum biometrischen Pass dargelegt.

Erinnerung an den Fichenstaat

Diese Gründe sind so vielfältig wie die Gegner der Vorlage – es traten Sozialdemokraten, Grüne, Christlichsoziale und Informatiker auf. Der gemeinsame Nenner der Opposition ist die zentrale Datenbank beim Bundesamt für Polizei, in der die auf dem Chip digitalisierte Unterschrift samt Fingerabdruck gespeichert werden soll. Die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen sprach diesbezüglich von einer «zentralen biometrischen Zwangsfichierung», die durch das Schengen-Recht gar nicht verlangt werde. Deutschland beweise, dass es auch ohne zentrale Datenspeicherung gehe. Dort würden die erfassten Daten nach deren Aufnahme im Pass vernichtet. Der grüne Zürcher Nationalrat Daniel Vischer doppelte nach: Die Schweiz würde neben Frankreich zum einzigen europäischen Land, das die biometrischen Daten auf einer Datenbank speichern liesse. «Einmal mehr han-

delt mithin die Schweiz in vorausseilendem Gehorsam gewissermassen als Musterschüler des modernen Polizei- und Überwachungsstaates», warnte er.

Die Urangst vor dem «Fichenstaat» – wobei es im vorliegenden Fall um die Speicherung von Identitätsmerkmalen und nicht um die Registrierung politischer Gesinnungen geht – wird auch von gewissen Wissenschaftlern, namentlich Kryptologen, geschürt. Gemäss dem ETH-Informatiker und Physiker Michel Paschalidès ist die Technologie zur Speicherung der biometrischen Daten mangelhaft. Dies könnte sich bei einem möglichen Missbrauch des Chips – er nannte das Beispiel der lückenlosen Verfolgung einer Person, die den Pass auf sich trägt – verheerend auf die Privatsphäre des Betroffenen auswirken.

Loblied auf die Wahlfreiheit

Ein weiteres Argument gegen die Änderung des Ausweisgesetzes brachte die christlichsoziale Freiburger Nationalrätin Marie-Thérèse Weber-Gobet aufs Tapet. Sie möchte den Bürgern die Wahlfreiheit zwischen einem Pass mit oder ohne Chip belassen und auf jeden Fall die Identitätskarte (ID) ohne biometrische Daten bewahren. Innerhalb der Europäischen Union sei auch künftig das Reisen mit der Chip-freien ID möglich, und auch eine kürzere USA-Reise sei ohne biometrischen Pass erlaubt. Bei Aufenthalt über drei Monate brauche man ohnehin ein Visum für die USA – biometrischer Pass hin oder her. Die Reisefreiheit sei bei einem Nein am 17. Mai somit nicht gefährdet.

Das Argument der Wahlfreiheit der Bürger und Bürgerinnen wurde von allen Referenten hochgehalten. Vischer stellte die Kritik gesamthaft unter das Motto «Datenschutz- und Freiheitsbewusstsein». Auch das Bürgerkomitee, welches das Referendum lanciert hatte, tritt unter dem Namen «Freiheitskampagne» auf. Beim links-grünen Komitee entbehrt die Berufung auf die persönliche Freiheit nicht ganz der Ironie, sind es doch die gleichen Kreise, die in anderem Zusammenhang – etwa in Bereichen der Präventionspolitik – jeweils am lautesten nach staatlichem Zwang rufen.